de

Press release | 02.01.2013

EU-Ratspräsidentschaft

Irland missbraucht seine Ratspräsidentschaft zur Werbung für aggressiven Steuerwettbewerb

Heute beginnt die neue Iriische EU-Ratspräsidentschaft mit ihrer Arbeit. Das Programm der Präsidentschaft ist in der Langfassung noch nicht präsentiert, da muss man sich zum neuen Jahr schon über die irische Werbung ärgern. Auf der offiziellen Internetseite http://www.eu2013.ie wirbt das Land mit seiner aggressiven Steuerpolitik. Es weist nicht nur darauf hin, dass man einen besonders niedrigen Körperschaftssteuersatz anbietet, sondern mit dem Verweis auf ein breites Netz an Doppelbesteuerungsabkommen, auch Steuerbasen bequem verlagern kann: „Ireland has a transparent and simple 12.5% corporate tax rate on trading income. We also have an extensive and expanding network of high quality tax treaties."

Besonders frech ist die stolze Liste der Unternehmen, die dieses Sonderangebot ausnutzen:

„These attributes result in Ireland housing:

8 of the top 10 global ICT companies
9 of the top 10 global pharmaceutical companies
3 of the 5 top games companies
10 of the top 'born on the Internet' companies
50% of the world's leading financial services firms
17 out of 25 global medical device companies
And the story continues. In recent months Ireland has welcomed further investments from major companies including Amazon, IBM, Ancestry.com, SAP, Northern Trust and Fidelity."

Es ist kein Zufall, dass gerade Unternehmen der Pharma-, Internet- und Finanzbranche Irland als Standort nutzen. Denn patentintensive Unternehmen können ihre konzerninternen Lizenzgebühren steuersparend in Irland vereinnahmen, ebenso können Banken Kapitaleinkommen dort anfallen lassen. Dabei kann Irland bestehende EU-Richtlinien für einerseits Zinsen und Lizenzgebühren und die Mutter-Tochterrichtlinie andererseits nutzen.

Dazu erklärt **Sven Giegold**, finanz- und wirtschaftspolitischer Sprecher der Grünen im Europaparlament:

"Irland darf seine Präsidentschaft nicht weiter zur Werbung für unfaire Niedrigsteuersätze missbrauchen. Vielmehr sollte das Land konstruktiv an der europäischen Steuerkooperation etwa bei der Gemeinsamen,

Konsolidierten Körperschaftssteuerbemessungsgrundlage (GKKB) mitarbeiten. Dieser sinnvolle Vorschlag der EU-Kommission wird derzeit im Rat der Mitgliedsländer blockiert. Dies die Bremse zu lösen, ist die Aufgabe der rotierenden Ratspräsidentschaft, nicht die Werbung mit steuerlichen Sonderangeboten auf Kosten der Nachbarn."

Die genauen Quellen:

http://www.eu2013.ie/ireland-and-the-presidency/about-ireland/irelandeconomy/openforbusiness/

Recommended

Press release

©jonathan-marchal



Tilly METZ elected European Parliament Vice-President

12.11.2026

Press release



Ukrainian children in Russia: Parliament to call for u…

11.11.2026

Press release

Tim Hurst (CC BY-SA 2.0)



[Methane Regulation: European Parliament capitulates to…]

22.10.2026

Press release

European Council



Meet Nicolae Ștefănuță at the Summit of Heads of State…

15.10.2026

Responsible MEPs



Sven Giegold

Member

Please share

- E-Mail